

EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

10. MAI 2022

Konferenz zur Zukunft Europas – Abschlussveranstaltung am 9. Mai 2022

Die Konferenz über die Zukunft Europas ist symbolträchtig am Europatag, dem 9. Mai 2022, und damit genau ein Jahr nach dem offiziellen Beginn, auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Institutionen Europäisches Parlament, Kommission und Rat der EU in Straßburg zu Ende gegangen. [49 Vorschläge](#) wurden in den vergangenen 12 Monaten auf der Grundlage der Beiträge der EU-Bürgerinnen und -Bürger ausgearbeitet. Diese wurden der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola, der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und dem Präsidenten der Französischen Republik Emmanuel Macron für den Rat übermittelt.

Reaktionen der Institutionen

Präsidentin von der Leyen sagte in ihrer Rede an die Bürgerinnen und Bürger gerichtet: „Mit Ihren 49 Vorschlägen und über 300 Maßnahmen haben Sie eine Vision für ein Europa vorgelegt, das in zentralen Bereichen Ergebnisse hervorbringt. Das wird unseren Alltag verbessern.“ Bereits im Juni werde die Kommission darlegen, was erforderlich sei, um die Vorschläge Wirklichkeit werden zu lassen und bestmöglich zu reagieren. Ursula von der Leyen gab zudem bekannt, in ihrer Rede zur Lage der Union im September die ersten neuen Vorschläge als Reaktion auf den Abschlussbericht vorzulegen.

Präsidentin Metsola betonte, dass die Arbeiten der Konferenz gezeigt hätten, auf welchen Politikfeldern man in Zukunft mehr Europa benötige: Das gelte für z.B. für die Verteidigung. Eine neue Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei erforderlich, weil jeder Mitgliedstaat alleine verletzlich sei. Das gelte aber auch für die Energiepolitik. Die EU sei immer noch zu sehr auf Autokraten und deren fossile Energien angewiesen. Die EU Staaten müssten sich gegenseitig unterstützen, wenn man sich von Russland lösen und in alternative Energiequellen investieren wolle. Die EU müsse begreifen, dass erneuerbare Energien ebenso wichtig für die Sicherheit wie für die Umwelt seien. Frau Metsola empfahl daher als nächsten Schritt einen Konvent zur Änderung der Verträge nach Artikel 48 des Vertrags über die Europäische Union.

Präsident Macron sprach als amtierender Präsident des Rates der EU und als einer der wesentlichen Initiatoren der Konferenz. Er betonte, dass die derzeitigen Krisen die EU nicht von ihren zentralen Zielen abbringen dürften (Klimaschutz, Gesundheit und Qualität unserer Lebensmittel, ein gerechteres, integrativeres Europa u.w.m.). Macron äußerte sich positiv zu einer Überarbeitung der EU-Verträge, um die Entscheidungsfindung der 27 Mitgliedstaaten zu vereinfachen. Insbesondere hob er hervor, dass die Mehrheitsentscheidungen der Regelfall bei Entscheidungen der EU werden sollten, um das Blockadepotenzial einzelner Staaten zu umgehen. Der Krieg in der Ukraine und "das legitime Bestreben u.a. des ukrainischen Volkes, der Europäischen Union beizutreten", lüden im Übrigen dazu ein, "unsere Geografie und die Organisation unseres Kontinents zu überdenken". Das Beitrittsverfahren könne Jahrzehnte dauern. Er schlug stattdessen eine „europäische politische Gemeinschaft“ vor. Diese neue europäische Organisation würde für demokratische europäische Nationen offenstehen, die sich zum EU-Wertefundament bekennen und einen neuen Raum für politische Zusammenarbeit, Sicherheit und Kooperation ermöglichen. Ein Beitritt

zu dieser europäischen politischen Gemeinschaft würde aber nicht zwangsläufig eine künftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union vorwegnehmen.

Beteiligung Mecklenburg-Vorpommerns an der Konferenz

Auch in Mecklenburg-Vorpommern haben verschiedenste Akteure im letzten Jahr mit Bürger:innen zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, viele von ihnen in Kooperation mit oder mit Unterstützung vom Europaministerium. Trotz der schwierigen Umstände (u.a. die Corona-Krise) ist das Angebot an die Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung der Zukunft Europas mitzuwirken gut angenommen wurden. Neben Themen wie „Europäische Verteidigung“, „Soziales Europa“ oder dem Ruf nach einer institutionellen Reform der EU, ist im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern auch viel über die Zukunft der Landwirtschaft gesprochen worden. Der Prozess der Bürger:innenbeteiligung sollte mit dem Abschluss der Zukunftskonferenz nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Vielmehr sollte es sich um eine Initialzündung handeln, um die Einbeziehung der Bürger:innen in den politischen Prozess auch in Zukunft zu ermöglichen. Mecklenburg-Vorpommern als Region in Europa wird diesen Prozess weiter intensiv begleiten.

Einige besonders wichtige Vorschläge

Das Europäische Parlament hat den Prozess der Konferenz mit besonderem Nachdruck verfolgt. Daher wundert es nicht, dass einige für das EP besonders wichtige Vorschläge Eingang in den Abschlussbericht gefunden haben: Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sollten ein größeres Mitspracherecht bei der Wahl des Kommissionspräsidenten bzw. der Kommissionspräsidentin haben; dies könnte entweder durch die Direktwahl des Kommissionspräsidenten bzw. der Kommissionspräsidentin oder durch ein Spitzenkandidatensystem erreicht werden; das Europäische Parlament sollte ein Initiativrecht im Bereich der Gesetzgebung haben. Außerdem soll zukünftig das Europäische Parlament über den Haushalt der EU entscheiden. Gefordert werden aber auch als Konsequenz der Corona-Pandemie mehr EU-Kompetenzen bei grenzübergreifenden Gesundheitsproblemen.

Wie geht es weiter?

Für die Einberufung eines vertragsändernden Konvents im sogenannten ordentlichen Änderungsverfahren nach Artikel 48 Absatz 3 EUV bedarf es einer einfachen Mehrheit im Europäischen Rat, Änderungsvorschläge werden aber nur im Konsensverfahren angenommen. Auf Seiten der Mitgliedstaaten ist aktuell kein allzu großes Interesse an einer Erörterung von grundsätzlichen Änderungsvorschlägen vorhanden. Es könnte noch einige Zeit ins Land gehen, bis der heutige Abschlussbericht in konkrete Änderungen umgesetzt wird, zumindest soweit diese Änderungen der europäischen Verträge erfordern. Im Herbst 2022 wird eine Feedback-Veranstaltung stattfinden, um die Bürgerinnen und Bürger auf den neuesten Stand zu bringen.

Bei Rückfragen kontaktieren Sie gerne:



Dr. Lars Friedrichsen

Vertretung des Landes Mecklenburg-
Vorpommern
bei der Europäischen Union
Boulevard St. Michel 80
B-1040 Brüssel

Telefon: +32 2 741 6000
Fax: +32 2 741 6009
E-Mail: lars.friedrichsen@mv-office.eu
Internet: www.europa-mv.de

Jascha Dopp

Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes-
und Europaangelegenheiten MV
Referatsleiter 230
EU Grundsatzangelegenheiten und
europapolitische Öffentlichkeitsarbeit, AdR, EMK

Telefon: 03 85 / 5 88-2230
Fax: 03 85 / 5 88-29 84
Mail: Jascha.dopp@wkm.mv-regierung.de